

Sehr geehrte Frau/Herr Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung trat in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft.

Mit der Ratifizierung hat sich Deutschland gegenüber der internationalen Gemeinschaft verpflichtet, diese Konvention einzuhalten und umzusetzen, auf allen staatlichen Ebenen.

Bereits bestehende Menschenrechte sollen gleichberechtigt für die Lebenssituationen von Menschen mit Behinderung konkretisiert werden.

Hier erhält Politik ihren formulierten Auftrag.

Vor diesem Hintergrund erfolgt auch die Aufgabenwahrnehmung der SPD Fraktion in Hamburg.

Wichtige Weichenstellungen sind erfolgt wie z.B.

- Die Inklusion als Leitorientierung für Hamburg
- Die Einrichtung und Arbeit des Inklusionsbüros

- Die Bildung von Inklusionsbeiräten in den Bezirken
- Und im Dezember 2012 die Verabschiedung des Landesaktionsplans durch den Senat

Der Landesaktionsplan ist ein Arbeitsinstrument zur Umsetzung der UN-Konvention. Er beschreibt Handlungsfelder und geeignete Maßnahmen.

Dazu gehört auch Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderung.

Die SPD-Fraktion hat mit ihrem Antrag „Inklusion in Arbeit“, den Senat gebeten, über seine Aktivitäten auf diesem wichtigen Handlungsfeld zu berichten.

Die Stellungnahme des Senates liegt uns jetzt vor und ist Gegenstand der heutigen Debatte.

Welches Ziel wird verfolgt

Erklärtes Ziel ist die Verwirklichung „des gleichen Rechts auf Arbeit in einem für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt“, Art. 27 der UN-Konvention

Welches ist die Ausgangslage

- Die Zahl der schwerbehinderten Menschen ohne Arbeit ist leider nicht rückläufig, obwohl häufig eine gute Ausbildung (59 %) vorliegt und ihre Behinderungen keine maßgeblichen Einschränkungen in ihrem Beruf darstellen. 3500 Menschen sind es in den letzten Jahren in Hamburg, ein Großteil ist Langzeit arbeitslos
- Lediglich 3,2 % der Stellen werden bei privaten Arbeitgebern in Hamburg mit schwerbehinderten Menschen besetzt, im öffentlichen Dienst sind es 6,3 %
- Für das Jahr 2013 wurde vereinbart, die Integration von schwerbehinderten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in ihrer Entwicklung im Jobcenter zu beobachten und zu analysieren

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Hamburger Senat setzt sich für die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes ein.

Welche Aktivitäten werden ergriffen

- Unternehmen erhalten Impulse, um vermehrt Potentiale von Menschen mit Behinderung zu nutzen

- Sie werden als wichtige Zielgruppe in das künftige Arbeitsmarktprogramm und in die Fachkräftestrategie einbezogen
- Sie erhalten durch das „Jobcenter für schwerbehinderte Menschen“ Vermittlung und Betreuung
- Darüber hinaus sind eine ganz Reihe von Integrationsprojekten zu nennen, die durch den ESF und Hamburg gefördert werden.

Der ESF leistet hier einen wichtigen Beitrag und es ist gut zu wissen, dass auch in der kommenden Förderperiode (2014-2020) wieder Mittel für die Zielgruppe der Menschen mit Behinderung vorgemerkt sind.

Der Senat hat aber auch eine ganze Reihe neuer Programme gestartet über die in der vorliegenden Drucksache erstmals berichtet wird.

Welche Aktivitäten gibt es noch

- Das Programm, das Hamburg mit dem Bund gemeinsam verwirklicht ist „Job 4000“ und die „Initiative Inklusion“. Es umfasst die Förderbereiche

Ausbildung, Berufsorientierung, neue Beschäftigungen und unterstützte Beschäftigung.

Job 4000 wird von Hamburg aufgrund des Erfolges (bis 2012: 181 neue Arbeitsplätze, 11 Ausbildungsplätze, 125 unterstützte Beschäftigungen) im Bereich Beschäftigung „allein“ bis 2018 weitergeführt

- Das Programm „Hamburger Budget“ hat das Ziel Beschäftigte aus der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Bei Ende des Arbeitsverhältnisses besteht Rückkehrrecht. Bis 2014 sollen 100 Beschäftigte vermittelt werden.

Hier lautet das Motto: „Raus aus der Werkstatt- rein in den Betrieb“

Es wurden bereits 19 Budgets vereinbart.

Meine Damen und Herren,

die Maßnahmen, die der Senat hier vorstellt, sind zwar zum Teil gerade erst angelaufen, aber sie zeigen, dass der Senat hier auf vorbildliche Weise aktiv geworden ist.

Dies gilt auch hinsichtlich der Beteiligung der Menschen mit Behinderung an der Ausarbeitung der Aktivitäten.

Und besonders freut mich, dass das Ziel, einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen durchgängig verfolgt wird.

Das zeigt sich im Arbeitsmarktprogramm des Senats und aktuell in der Fachkräftestrategie, die gestern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Auch die Wirtschaft und insbesondere die mittelständische Wirtschaft hat inzwischen erkannt, dass bei den Menschen mit Behinderung noch ein erhebliches Potential an motivierten und guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorhanden ist.

Die Linke beantragt die Überweisung in den Sozialausschuss. Dem schließen wir uns gerne an, dann können wir die vorliegende Drucksache gemeinsam mit dem anstehenden Bericht über das Arbeitsmarktprogramm des Senats im Ausschuss beraten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit